Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 6. September 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

★★★

Achtung: Beilage!

Dieser Ausgabe des RM liegt die neueste Nummer der „Gemeinsamen Beilage" (zu den Publikationen der KPD und einer ganzen Anzahl Organisationen revolutionärer Sozialisten) bei. Sie sei unseren Lesern ganz besonders ans (interessierte) Herz gelegt. Wie schon die letzte Nummer dieser Beilage ist auch diesmal der Schwerpunkt die Frage nach der weiteren Perspektive der Einheit revolutionärer Sozialisten. Neben der Debatte darüber, wie der weitere Gang der Dinge hin zu einer einheitlichen revolutionär-sozialistischen Partei möglich wäre, steht auch die Auseinandersetzung anderer Organisationen mit dem Programmentwurf des ZK der KPD, der in der letzten Beilage veröffentlicht worden war.



Der Dreiergipfel bringt uns nichts

Wir wollen keine neue konzertierte Aktion!

Helmut Kohl nutzte wenige Tage vor dem sogenannten Dreiergipfel die Gelegenheit einer CDU-Veranstaltung in Bochum, um nicht nur der gewerkschaftlichen Forderung nach einem staatlichen Beschäftigungsprogramm eine erneute Absage zu erteilen, sondern um sich auch noch selbst in der Rolle des „Gewerkschaftsbändigers" anzusagen: „Von meinem Kurs lasse ich mich auch nicht durch die Drohungen von Großorganisationen abhalten."

Kohls Kurs: nichts Nennenswertes tun, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Selbst für den Bereich des öffentlichen Dienstes ließ Finanzminister Stoltenberg vor wenig mehr als zwei Wochen festschreiben: „Neueinstellungen dürfen selbst dann **nicht** in Betracht gezogen werden, wenn sie durch Einsparungen aus dem Abbau von Überstunden finanziert werden könnten."

Kohls Kurs: keine Rücknahme der umfassenden Kürzungen im Sozialbereich. Für die Krankenversicherung wird die Ausweitung der Selbstbeteiligung angekündigt. Die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von ca. fünf Milliarden sollen nicht verwandt werden, um die Kürzungen des Arbeitslosengeldes wieder rückgängig zu machen und dafür zu sorgen, daß wieder ein größerer Teil der Arbeitslosen überhaupt Arbeitslosengeld erhält.

Kohls Kurs: die Gewerkschaften systematisch unter Druck setzen, nach der Salamitaktik die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht einschränken, die Tarifautonomie aushebeln.

Nichts können die Gewerkschaften gegenwärtig durch die Zusammenarbeit mit dieser Regierung und den hinter ihr stehenden Unternehmerverbänden gewinnen. Nach innen will Kohl als Mann des Ausgleichs erscheinen. Gleichzeitig aber schielt Kohl nach England. Wie Thatcher will er eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften erreichen. In diese Falle dürfen die Gewerkschafter nicht tappen.

Solidarität mit Südafrika

Jetzt Boykott und Sanktionen!

„Zehn Tote an jedem Tag", das stellte die Außenministerdelegation der EG-Staaten in Südafrika fest. Aber entschiedene Schritte zur Unterstützung des Freiheitskampfes der Schwarzen gegen das mörderische Rassistenregime sind nicht zu erwarten. Denn nach Auffassung des luxemburgischen Außenministers wird die südafrikanische Regierung „in nächster Zeit etwas unternehmen".

Mit billigen Reformversprechen abgespeist, sind die drei Außenminister von Luxemburg, den Niederlanden und aus Italien aus Südafrika zurückgekehrt und werden, da kann man sicher sein, den EG-Staaten empfehlen, weiterhin nichts gegen Südafrika und das Rassitenregime zu unternehmen. Die Regierungen der EG-Staaten fallen damit den kämpfenden Schwarzen Südafrikas in den Rücken und stellen sich offen an die Seite der weißen Herren Südafrikas.

Empörend ist die Haltung der EG-Außenminister vor allem, weil sie Südafrika genau in den Tagen besuchten, da nach großen Versprechungen des Rassistenchefs Botha das Regime ganz deutlich zeigt, wie es mit den Schwarzen und der gesamten Opposition umzugehen gedenkt. Der lang angekündigte Demonstrationszug zum Gefängnis des ANC-Führers Mandela wird vor den Augen der Weltpres-

Fortsetzung auf Seite 7

Freiheit für Südafrika und Namibia!
Boykott gegen Apartheid!
Zentrale Demonstration
21.9. Bonn

„Kämpft weiter!"

Am Samstag, dem 31.8.85, fand in Müden/Aller die Trauerfeier zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden der KPD, Genossen Ernst Aust statt. Ernst war am 25.8. unerwartet an Herzversagen gestorben.

Verwandte des Verstorbenen, Genossinnen und Genossen unserer Partei und befreundeter revolutionärer Organisationen wie der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten, des BWK, der FAU, der KG (NHT), auffallend viele Mitstreiter von Ernst und der Partei aus früheren Jahren hatten sich zur Trauerfeier versammelt. Die Kommunistische Partei Schwedens, die GIM und die FAU (Anarchisten) sandten Trauerschreiben an das ZK unserer Partei. Ein Trauerzug mit etlichen Parteifahnen zog vom Wohnhaus von Ernst zur Friedhofskapelle des Dorfes, in der Ernst aufgebahrt war. Die Friedhofskapelle war mit großen Fotos des verstorbenen Genossen, mit KPD-Fahnen und Kränzen geschmückt. Zu Beginn der Trauerfeier wurde das russische Lied „Unsterbliche Opfer" vorgetragen. Danach würdigte ein Genosse in einer längeren Ansprache das revolutionäre Leben und den Kampf des Genossen Ernst, seinen Beitrag zur Entwicklung unserer Partei. Er verlas letzte Worte des Genossen Ernst, die er hinterlegt hatte und die mit der Aufforderung „Kämpft weiter!" endeten. Die Trauerfeier schloß mit der „Internationale" und einem Vorbeizug am Sarg des Genossen Ernst. Viele erhoben die Faust zum letzten Gruß.



Danksagung

Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben. Und benutzen soll er es so, daß er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft, habe ich dem Herrlichsten in der Welt, dem Kampf für die Befreiung der Menschheit gewidmet. Das war

Ernst Aust

In einem persönlichen Abschiedsbrief schreibt mir Genosse Ernst unter anderem: „An und für sich möchte ich ja gerade noch nicht sterben. Doch wenn es passiert: ich hoffe, daß ich meinen Beitrag zur Befreiung der Arbeiterklasse, der Menschheit beigetragen habe. Auch wenn es nur ein kleiner war. Ich habe das Leben geliebt, die Menschen, die Erde ... Grüße alle Genossen von mir. Es lebe das, wofür wir mit so heißem Herzen kämpften: Das Glück der Menschheit ... Das Leben geht weiter! Kämpfe!"

Ich danke allen Genossen und Freunden, die ihm das letzte Geleit gaben, die in Telegrammen, in Briefen und durch persönliche Worte seinen Kampf würdigten und ihm Achtung aussprachen. Ich danke allen für die letzten Blumengrüße.

Die vielen persönlichen trostreichen Worte geben mir die Kraft, so wie Ernst es gewünscht hat, für die Zukunft der Menschheit weiterzukämpfen.

Waltraud Aust

Der Beginn des „Jahrhundert-Prozesses“

Die sogenannte Vorverurteilung . . .

Wie zu erwarten war, begann der Prozeß gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch letzte Woche vor dem Bonner Landgericht mit Verfahrenstricks. Die Verteidiger bezweifelten die Zuständigkeit der Strafkammer und stellten Befangenheitsanträge gegen die Schöffen des Prozesses.

Die Zuständigkeit der 7. Strafkammer zu bezweifeln: Diese Taktik ist nicht neu. Sie entspricht vielmehr der ganzen Kampagne, die vor allem von anderen Beteiligten geführt wird, es käme darauf an, erst einmal die Finanzgerichte Recht sprechen zu lassen. Dort, das wurde gerade im Verlauf des Jahres 1985 immer wieder deutlich, rechnen die Betroffenen mit „besserer Behandlung“ als vor anderen Gerichten und können dies, den Äußerungen des obersten bundesdeutschen (CSU) Finanzrichters zufolge auch tun. So wollen sie den ganzen Spendenbetrug vor den Finanzgerichten als eine Art gutwilliger Nachlässigkeit darstellen und so den Strafgerichten (sofern willens) die Möglichkeit nehmen, darüber anders zu urteilen.

Auch der Befangenheitsantrag gegen die Schöffen entspricht der bisherigen Kampagnenführung. Ganz im Stil derer, die als Entlastungsangriff stets den „Spiegel“ für seine Veröffentlichungen aus Akten der Staatsanwaltschaft attackierten und die Betrüger (oft genug: sich selbst) in Schutz nahmen, sollen auch hier die Presseveröffentlichungen dazu geführt haben, daß diese Schöffen voreingenommen seien.

So wird jetzt schon deutlich, daß dieser Prozeß lange dauern wird — da stehen auch Überlegungen in bezug auf die Bundestagswahl Anfang 1987 im Hintergrund solcher Taktiken. Eine Verurteilung Lambsdorffs kurz vorher etwa würde die Wahlchancen der Koalition nicht gerade verbessern — ein Urteil lange vorher erscheint kaum möglich.

Eine eigene Darstellung der Sache lieferte der Angeklagte von Brauchitsch, der die Aufgabe der Schöffen ohnehin ein „menschliches Problem“ nannte, will heißen: Daß solche Leute über einen wie ihn zu Gericht sitzen dürfen.

Nicht ein neuer, kein „Verfassungsschutz“!

Nicht alle sind von der Sicherheitshysterie, die durch die Überläufer des Verfassungsschutzes ausgelöst wurde, angesteckt. Die Grünen beispielsweise forderten die Auflösung des Verfassungsschutzes. Und auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie forderte in einer Erklärung: „Schafft den Verfassungsschutz ab.“ Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dieser Erklärung.

Der „Verfassungsschutz“, genauer das Bundesamt und die Landesämter für das, was man in der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsschutz nennt, waren oft zu kritisieren. Allerdings haben sich nur wenige in aller Regel darüber erregt. Daß der „Verfassungsschutz“ viele unbescholtene Bürger ohne deren Wissen beobachtet, daß er über die Informationen sammelt, deren Richtigkeit von niemandem, insbesondere nicht von den betroffenen Bürgern und Gruppen überprüft werden kann; daß diese Ämter solche fragwürdigen Informationen als „Erkenntnisse“ meist insgeheim etwa an Einstellungsbehörden weitergeben, die dann evtl. ein meist nicht erkenntliches und nicht einklagbares Berufsverbot aussprechen; daß diese Ämter jährlich sogenannte Verfassungsschutzberichte publizieren, in denen die politische „Landschaft“ „rechts“ und vor allem „links“ nach höchst zweifelhaften Maßstäben und schwankenden Kriterien vermessen wird, deren Bezug auf das Grundgesetz mehr als fragwürdig ist. (...)

Nun ist der „Verfassungsschutz“ plötzlich zum allgemeinen Thema des Tages geworden... In einer nun publizistisch geradezu überschwappenden Sicherheitspanik, da von nicht wieder gutzumachendem Schaden die Rede ist, ein Schaden selbstverständlich immer für „die Bundesrepublik“, das soll heißen für uns alle, werden die entscheidenden und eigentlich ganz einfachen Fragen nicht gestellt...



Zimmermann und sein Notopfer Hellenbroich

„Geheimdienste arbeiten immer“, so weiß die Süddeutsche Zeitung — und weiter: „Sie überleben Regierungen, ja politische Systeme, werden nicht angeschaltet oder abgestellt, je nach politischer Lage.“ Gerade nicht gerade in dem, was hier als unverbrüchliche Weltweisheit verkündet wird, die Gefahr für die Sicherheit von uns Bürgern, für das normale Funktionieren der Demokratie? Wenn die Regierungen und Systeme kommen und gehen, die Geheimdienste aber bestehen bleiben, heißt dies dann nicht, daß offenbar im Inneren „unseres Staates“ organisierte Kräfte weit außerhalb jeder Kontrolle am Werk sind? Und mehr noch stellt sich die Frage: Wer schützt uns vor solchen Schützern? (...)

Wehret den Anfängen. Nein, es handelt sich um keine Anfänge mehr. Der staatsschützerische „Verfassungsschutz“ ist zu einer vielfingerigen Institution geworden. Ihr Haupterfolg: Beschränkung der inneren Liberalität und Einschüchterung der Bürger. (...)

Solange die Frage nach der demokratischen Funktion der Geheimdienste nicht nachprüfbar und klipp und klar beantwortet wird, gilt als einzige verfassungssichernde Devise: Stopp dem „Verfassungsschutz“! Mehr noch: Schafft den „Verfassungsschutz“ ab! Die Gelegenheit ist günstiger denn je. Nun, da die DDR alles weiß, können ja auch die Bundesdeutschen alles wissen, und man hat die Chance eines Neuanfangs.

Zum Schluß ein ironischer Vorschlag zur Güte: Wie wäre es, Helmut Kohl und Erich Honecker setzten sich zusammen und beschlössen einen Austausch der Spione und eine Auflösung aller Staatsschutzeinrichtungen? Dies wäre in der Tat eine Entscheidung zum Wohle der Schwestern und Brüder hüben wie drüben!

Sensbachtal, 28. August 1985, Komitee für Grundrechte und Demokratie — Vorstand

IFA 85

Geschäft und Ellbogen

Die großen technischen Neuheiten vergangener Jahre fehlen auf der Internationalen Funkausstellung 1985 (IFA 85) in Westberlin. Dafür steht die Werbung und der Kampf um Anteile am Medienmarkt so eindeutig und offensichtlich wie selten zuvor auf der Tagesordnung.

Die Unterhaltungselektronik-Branche ist seit mehr als einem Jahrzehnt eine der am meisten von Konzentration und Krisenerscheinungen geschüttelten, in der die größten internationalen Konzerne die einst relativ kapitalkräftigen mittleren Unternehmen längst geschluckt haben. So sind heute neben ITT und Philipps vor allem der französische Konzern Thomson Brand und von den bundesdeutschen im wesentlichen nur noch der Bosch-Konzern tätig. Die Zahl der Beschäftigten war letztes Jahr im Vergleich zu 10 Jahre vorher von 164000 auf 62000 gefallen.

In diesem Jahr verzeichnete die Branche erneut starke Verluste. Der Verkauf von Farbfernsehern ging im ersten Halbjahr um 7 Prozent zurück, der von Videorecordern gar um 11 Prozent. Da spielt die Einschränkung der Konsumkraft durch die lange Krise ohne Zweifel eine wesentliche Rolle.

Dementsprechend ist einer der Schwerpunkte dieser IFA 85 die Werbung für den Kauf von Farbfernsehern (Stereo), Videorecordern und Compact-Disc-Anlagen. Daß dies so ist, viel mehr als in allen Jahren zuvor, fällt bereits bei flüchtiger Betrachtung einzelner Fernsehprogramme aus Westberlin auf.

Der andere Schwerpunkt, neuer und möglicherweise politisch folgenträchtiger ist der erstmalige direkte Konkurrenzkampf zwischen öffentlich-rechtlichen Medien und den privaten Programmen, dem sogenannten Verleger-Fernsehen vor allem. Denn während alle anderen privaten Initiativen herumknapsen und wenig Perspektive sehen, haben die großen Medienkonzerne bisher nahezu alleine von der neuen Bonner Medienpolitik profitiert — wie es von einem Schwarz-Schilling und seinem Kanzler nicht anders zu erwarten war.

Während kleine Sender schon wieder ans Aufhören denken, werden bei den Bertelsmann, Springer und WAZ-Zentralen große Pläne gewälzt. Deutlich wird bei Betrachtung der ersten Ausstellungstage, daß natürlich noch nicht entfernt davon die Rede sein kann, daß diese Privatkonzerne heute schon direkte Konkurrenz für ARD und ZDF seien. Es ist noch der Vergleich zwischen Maus und Elefant. Aber die Kapazitäten dieser Konzerne sind noch längst weder ausgespielt noch ausreichend koordiniert — gerade in diesen Tagen erst beginnt bei RTL die offizielle Zusammenarbeit von Bertelsmann und WAZ. In zehn Jahren soll es nach „Expertenmeinungen“ eine echte Konkurrenz in diesem Sektor geben.

Was aber deutlich wird, ist, wie wehr die Öffentlich-rechtlichen bestrebt sind, durch Vorwegnahme all dessen, was Private anzubieten hätten, denen den Grund zu entziehen. Und wie sie damit eine der Absichten von Schwarz-Schilling und Co. mittragen, den Inhalt auch dieser Sender zu verändern.

Der ungeheure Aufwand um banalste Nichtigkeiten, der da in den Sendungen aus Westberlin betrieben wird, zeigt sehr gut, daß sie es auch können wie die Privaten, die sogenannte News-Show ist „in“. Mit größtem Aufwand an Material und Personal ist da zu erfahren, daß ein Tierarzt nach einer Pferdeoperation eine Tasse Kaffee zu sich nimmt (was sein gutes Recht aber nicht besonders interessant ist) oder daß eine junge Amerikanerin das Mainzer Gutenbergmuseum — na wie wohl — „o, really nice“ findet. Die Liste ließe sich fast schon beliebig verlängern.

Mehrere solche typisch US-amerikanische Magazine werden in diesen Tagen der IFA ausprobiert und es steht zu befürchten, daß hier Signale für den weiteren Kurs gesetzt werden — wenn die Privaten hoffen, mit Plattheiten Geschäfte zu machen, können wir, die „alten Profis“ noch viel platter sein. Was zugegebenermaßen schwer ist.

Wen wundert's: Der Kanzler war über diese IFA ausgesprochen erfreut. Der Postminister auch. Ob es die Konzerne sein werden, das werden die folgenden Geschäfte zeigen. Und wer wen verdrängt, wird zu sehen sein.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Vogel klagt nicht in Karlsruhe

§ 218 soll jetzt hintenherum gekippt werden

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz wird nicht, wie von Bundeskanzler Kohl angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die „Abtreibung auf Krankenschein“ klagen. Eine ursprünglich für letzte Woche geplante namentliche Abstimmung über diese Frage im Landtag fand nicht mehr statt, vermutlich, weil Vogel fürchtete, bei einer solchen Abstimmung zu unterliegen.

Vogel hat jetzt angekündigt, daß er auf einem anderen Weg versuchen wird, die geltende Regelung über den Schwangerschaftsabbruch doch noch zu kippen. Geplant ist eine Änderung der Reichsversicherungsordnung, die gegenwärtig vorsieht, daß „bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch durch einen Arzt“ die Versicherungen die Kosten tragen. Nach Vogels Plänen soll der Bundesrat diese Gesetzesänderung im Bundestag einbringen.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ hat Vogel dargestellt, worum es ihm inhaltlich geht. Er will die Möglichkeit zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Notlagenindikation weitgehend abschaffen. (3/4 aller Schwangerschaftsabbrüche werden auf Grund dieser Indikation vorgenommen.) Zu diesem Zweck soll festgeschrieben werden, daß als „soziale Notlage“ im eigentlichen Sinne nur eine finanzielle Notlage gelten kann. Ob eine solche finanzielle Notlage aber besteht, entscheiden dann nicht hauptsächlich die Einkommensverhältnisse der Schwangeren, sondern eben auch die Gelder aus der „Stiftung Mutter und Kind“, das Erziehungsurlaubsgeld usw. Vogel hat in dem „Spiegel“-Interview keinen Zweifel daran gelassen, daß sich seiner Ansicht nach angesichts der „erheblich gewachsenen Hilfsmöglichkeiten“ schwangere Frauen nur noch in Ausnahmefällen in finanziellen Notlagen befinden können.

Vogel hat auch bereits konkrete Vorstellungen, wie das Ganze praktisch ablaufen soll: es soll nur noch Ärzten mit besonderer Qualifikation erlaubt sein, eine Indikation zu stellen; Ärzte sollen verpflichtet werden, die Schwangeren auf die staatlichen Hilfsgelder „hinzuweisen“; und die Ärzte sollen schließlich in einem schriftlichen Bericht begründen, warum sie trotz dieser Hilfsgelder eine Indikation gestellt haben.

Vogel hat noch nicht gesagt, wie die Änderung der Reichsversicherungsordnung konkret aussehen soll. Aber wenn der geplante Gesetzentwurf auch nur einen Teil der oben beschriebenen Vorstellungen enthält, dann bedeutet er einen Frontalangriff auf die geltenden Regelungen über den Schwangerschaftsabbruch. Wachsamkeit ist deshalb geboten.

Zu den Änderungen in der Sozialhilfe ab 1. Juli / 4. Änderungsgesetz zum BSHG (Teil II)

Systemveränderer am Werk

In der ersten Folge dieser zweiteiligen Reihe (RM 31 / 32 / 1985) waren die konkreten Maßnahmen der Bundesregierung und ihre qualitativen Eingriffe in die Sozialhilfe Gegenstand der Darstellung gewesen. Die Einführung der sogenannten unteren Quartilspreise als zentrale Maßnahme der Veränderung des Systems der Sozialhilfe stand dabei im Mittelpunkt. Im heutigen abschließenden Teil geht es in erster Linie um die Auswirkungen auf die Betroffenen,nachdem das letzte Mal auch bereits kurz auf die Folgerungen für die kommunale „Selbstverwaltung" hingewiesen worden war. Ebenso geht es um die Rolle der Wohlfahrtsverbände.



Bettler — ihre Zahl nimmt laufend zu

Will man die Auswirkungen der staatlichen Politik auf die Empfänger von Sozialhilfe genauer darstellen, so empfiehlt es sich zunächst, sie in den Rahmen der Auswirkungen der gesamten Politik zu stellen.

„Während der Anteil der Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 24 Prozent im Jahr 1960 doppelt so hoch war wie der Lohnsteueranteil, hat sich dieses Verhältnis 1981 umgekehrt. Der Anteil der Gewinnsteuern ist auf 15 Prozent gesunken und beträgt damit nur noch die Hälfte des Anteils der Lohnsteuer. (31,48%). " (1)

Dieses Zitat aus einer größeren Arbeit über den Sozialabbau nur dazu, um die Verarmung im Bereich der Sozialhilfe in den Rahmen der gesamten staatlichen Sozialpolitik zu stellen (von der beispielsweise die Steuerpolitik stets ein entscheidender Teil ist).

Alte und neue Armut

Bei der ganzen Diskussion um die neue Armut, die durch die jüngste kapitalistische Entwicklung in der BRD geschaffen wurde, gilt es, nicht daran vorbei zu sehen, daß es auch im Wirtschaftswunderland BRD immer millionenfach Armut gab: Stichwort vor allem Rentnerinnen und kranke alte Menschen.

Neue Armut: Das heißt, daß im September 81 beinahe 90 Prozent aller ausgegrenzten Erwerbslosen weder Arbeitslosenhilfe noch Sozialhilfe bekamen — die „neue Subsidiarität" hatte längst vor der Wenderegierung begonnen. (2) Immer wieder versuchen heute die Regierungsparteien den Begriff der neuen Armut als Propagandaschlagwort des DGB oder gar der SPD darzustellen. Dabei haben inzwischen alle Wohlfahrtverbände die neue Armut als Tatsache unterstrichen, selbst solche maßgeblich von der CDU beeinflußte Organisationen wie das DRK konnten an den Fakten kaum vorüber.

Daß die Kleiderkammern des DRK wieder voll benutzt werden — diese Aussage des Verbandspräsidenten im Beginn dieses Jahres war von den Fakten her gesehen der endgültige Schlußpunkt unter die Debatte, ob es nun eine neue Armut gäbe oder nicht — es gibt sie, und zwar zunehmend massiver.

Dreierlei Subsidiarität

Das schwierige Wort in jüngster Zeit so oft benutzt, soll heißen, daß staatliche Hilfen nur dort von Nöten sein sollen, wo andere nicht ausreichen. So ist es,wenn, wie oben angeführt, fast 9 von 10 ausgegrenzten Erwerbslosen durch ihre Familie finanziert werden. Und das ist es auch, was die Bonner Koalition mit diesem Schlagwort eigentlich meint. Sparbeschlüsse für die Staatskasse und mehr „Schutz im Familienverband". Sprich: Verarmung der ganzen Sippe.

Die zweite — „alternative" — Variante, die „Hilfe zur Selbsthilfe" wurde zwar in einigen CDU-Bereichen spektakulär herausgestrichen wie beispielsweise in Westberlin. Als Bilanz dazu aber bleibt:

„Erst auf den zweiten Blick läßt sich ausmachen, daß dieses Förderungsprogramm wohl eher einer geschickten Public-Relations-Strategie entspricht als substantieller Selbsthilfeförderung. So läßt sich für 1983 zeigen, daß 268 Projekte ca. 34 Millionen beantragten, aber nur an 138 Projekte 4,1 Millionen gezahlt worden sind — 3,4 Millionen (der Gesamtetat dafür betrug 7,5 Mio — d. Red.) wurden demnach überhaupt nicht ausgegeben. "(3)

Offensichtlich ist diese Form — über die ziemlich sicher viel zu streiten wäre — nicht gemeint mit der CDU-Subsidiarität. Neben der Verarmung der Familie und der werbewirksamen Pseudoförderung der Selbsthilfeprojekte ist die dritte Form von Subsidiarität bei uns im Lande dermaßen traditionell, daß sie fast kaum noch als solche auffällt.

Gemeint sind die verschiedenen Wohlfahrtsverbände, die sich ausdrücklich so definieren.

In der Bundesrepublik befinden sich knapp 50 Prozent aller Dienstleistungen des Sozialbereichs in öffentlicher Hand — die Mehrheit (knapp) ist in Hand der freien Träger. (In Schweden beispielsweise lautet dieses Verhältnis mehr als 4:1).

Die freien Träger

Insgesamt dürften es, nach verschiedenen Berechnungen, rund 60000 Einrichtungen (von Kindergarten übers Altenheim zur besonderen Fortbildung) in der BRD sein, die von den sogenannten freien Trägern versorgt werden. Allein die sechs Großverbände der Wohlfahrt beschäftigen über 650000 Menschen, davon rund zwei Drittel bei den beiden großen kirchlichen Organisationen Caritas und Diakonisches Werk.

Die absolute Vorherrschaft haben diese Verbände vor allem in der Jugend- und Altenarbeit. Vor allem eben auch in der besonders teuer gewordenen Altenpflege.

Will man dabei die wirkliche Lage in diesem Bereich auch nur ganz kurz erfassen, so kommt man nicht umhin,auf die Dauerserie der Heimskandale zu verweisen, die seit Jahrzehnten in der BRD an der Tagesordnung sind.

Die katholische Caritas, mit weit über 200000 Mitarbeitern größter Sozialverband der BRD, beschäftigt über 25 Prozent Teilzeitarbeitskräfte, über 10 Prozent Ordensleute und fast 10 Prozent Zivildienstleistende.

Die Caritas beschäftigt also, in normaler Betriebssprache gesagt, über 100000 ausgesprochen lohnkostengünstige Menschen für ihren Zwecke. Bei den Einnahmen dieser Verbände wäre unter all diesen Umständen eine Quelle für die ständige Steigerung der Ausgaben der Sozialhilfe gerade bei der Altenpflege zu suchen — was in der öffentlichen Debatte bisher kaum geschieht.

Welche Alternativen?

Nach diesem — zugegebenermaßen übermäßig kurzen — Abriß der Lage im Bereich der Sozialhilfe erhebt sich nun zum Abschluß dieser Artikelfolge die Frage nach den Alternativen.

Tatsache ist also, daß es neue Armut gibt, daß es wachsende vor allem kommunale Ausgaben für Sozialhilfe gibt. Tatsache ist zweitens, daß die konservative Sozialpolitik wie im ersten Artikel bereits betont, keineswegs nur in Kürzungen besteht, sondern unter dem Schlagwort der Subsidiarität eine Systemveränderung (in enger Zusammenarbeit mit den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden) durchziehen.

Da die Sozialhilfe das letzte Netz im sogenannten Sozialstaat sein soll, kann eine Veränderung in diesem Bereich nicht gesehen werden, ohne die anderen Bereiche zu betrachten.


Sozialhilfeempfänger bei Zwangsarbeit

So kommt der Förderung „Arbeitslosengeld für alle Erwerbslosen" eine zentrale Bedeutung zu, die auch in bezug auf die Entwicklung der Sozialhilfe von grundlegender Bedeutung ist.

Ebenso verhält es sich mit der Armut der Kleinrentner. Der Grundgedanke, von dem sich eine Politik sozialer Sicherung im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen leiten lassen muß, ist der konsequente Ausbau der Sozialversicherung im Kampf gegen die Pläne der Unternehmer und ihrer Regierung.

Von grundlegender Bedeutung für eine sozialistische Politik in diesem Bereich ist auch die Zurückdrängung des Einflusses und der Macht der kirchlichen Organisationen, die diesen ja nicht zuletzt dazu nutzen, den religiösen Aberglauben zu verbreiten.

Jede Parole von einer Kommunalisierung der Sozialpolitik — die an sich durchaus richtig erscheint — die diese Perspektive nicht beinhaltet, trägt den Keim des Scheiterns in sich.

Daß dabei auch die Frage nach gewerkschaftlicher Vertretung in diesen Verbänden aktuell beinhaltet sein muß, erscheint ebenfalls klar.

Eine ganz zentrale Frage bei jeder Überlegung um Alternativen im Bereich sowohl der gesamten Sozialpolitik als auch und gerade im Bereich der Sozialhilfe sind die politischen Ansprüche, die dabei erhoben werden müssen, um eine grundlegende Veränderung anstreben zu können. So ist die Frage des Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe ja ganz akut im Gegensatz zur Bedürftigkeitsprüfung und familiärer Hilfe. Jede sozialistisch motivierte Politik muß dabei darauf abzielen, eine ausschließlich individuelle Prüfung zuzulassen und auszuschließen, daß als Beispiel, ein Mann von 40 Jahren von seinem Rentnervater eigentlich Geld verlangen müßte. Die zweite politische Frage ist die der Schaffung bzw. Ausweitung von Mitbestimmungs- und Handlungsmöglichkeiten der Empfänger sozialer Leistungen. Gerade hierbei wird die Losung der „Kommunalisierung" besonders wichtig.

In der aktuellen Debatte um die künftige Finanzierung der Sozialhilfe erscheint es einigermaßen problematisch, eine besondere Pflegeversicherung einzuführen, wie es aus durchaus fortschrittlichen Kreisen gefordert wird. Wer diese Versicherung wie bezahlen soll — das wirft doch eine ganze Reihe von Fragen auf, die gar nicht so leicht lösbar sind — und wo die linken Bestrebungen normalerweise zu Recht eher in Richtung auf eine Einheitsversicherung gehen.

Solche zugegebenermaßen allgemeinen Überlegungen sind nicht mehr als erste Schlußfolgerungen aus der gegenwärtigen Entwicklung der Sozialpolitik und speziell der Sozialhilfe, wobei es auch darum geht, mehr als nur aktuelle Abwehrforderungen aufzustellen.

Es wäre sicherlich interessant, wenn sich Leser des RM zu diesem Thema zu Wort melden würden, um so eine konkretere Debatte und zu konkreteren Ergebnissen zu kommen.

H. Weiss

Hinweise

1. R. Hickel, Der Sozialabbau ist das Werk von Neidern des Sozialstaats", Frankfurter Rundschau vom 5.1.85
2. Balsen u.a., Die neue Armut, Seite 104
3. Frankfurter Rundschau vom 2.4.85

Krankenpflege

Ausbildungsvergütung um 40 Prozent gekürzt!

Als bisher völlig einmaligen Vorgang haben die öffentlichen „Arbeitgeberverbände“ einen bestehenden Tarifvertrag von ihrer Seite aus für ungültig erklärt und ihrerseits neue Richtlinien in der Vergütung für Auszubildende der Krankenpflege, Lernschwestern und Lernpfleger genannt, aufgestellt. Die kirchlichen Verbände schließen sich dem selbstverständlich an.

Die von den „Arbeitgebern“ neu festgesetzten Ausbildungsvergütungen sehen im 1. Ausbildungsjahr eine Kürzung um 288,66 DM vor von bisher 879,75 DM. Im 2. Jahr eine Kürzung um 326,32 DM von bisher 984,49 DM. Im 3. Jahr eine Kürzung um 433,42 DM von bisher 1 157,64 DM.

Dabei wenden die „Arbeitgeber“ einen schmutzigen Trick an. Im Juni des Jahres wurde vom Bundestag ein neues Krankenpflegegesetz verabschiedet. Nun behaupten sie, der bis 31.12.85 bestehende Tarifvertrag, welcher üblicherweise Nachwirkungspflicht hat, gelte nur im Rahmen des alten Gesetzes, nicht aber für die Ausbildung unter dem neuen Gesetz; damit wäre nun ein tarifloser Zustand, ihrer Meinung nach, und alle nach dem 1.9.85 beginnenden Azubis fielen unter die Kürzung.

Die Gewerkschaft ÖTV macht mobil. Die Kolleginnen und Kollegen werden ständig auf dem laufenden gehalten. Die Gewerkschaft sieht geltendes Tarifrecht unterlaufen und wird arbeitsrechtlich dagegen vorgehen. Die einzelnen betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden zu Einzelklagen aufgefordert und unterstützt. Die Personalräte sind dahingehend instruiert worden.

Die ÖTV organisiert die Solidarität, denn diejenigen, welche ihre Ausbildung vor dem 1.9.85 begannen, erhalten weiterhin die alte Ausbildungsvergütung. An vielen Krankenpflegeschulen hier in Baden-Württemberg haben sich Schülergruppen gebildet. Es rumort. Jahrelang war alles ruhig geblieben.



Anzumerken ist, daß Azubis der Krankenpflege nicht mit Azubis in anderen Bereichen zu vergleichen sind. Sie beginnen die Ausbildung in der Regel erst mit 18 Jahren oder noch später. Es gibt viele alleinerziehende Frauen. Der Ausbildungsort ist oft weiter vom Wohnort entfernt. Lernschwestern und Lernpfleger werden als volle Arbeitskräfte im Verhältnis 1:5 eingesetzt, sie fallen nicht unter das Berufsbildungsgesetz. Ohne Azubis könnten die Krankenhäuser den Betrieb nicht aufrechterhalten. Der Verschleiß der physischen Arbeitskraft geht dabei häufig bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit.

Die ÖTV wendet sich gegen die Kürzungspläne. sie fordert dagegen:

• keine Anrechnung der Azubis auf den Stellenplan
• mehr und besser ausgebildete Lehrkräfte an den Krankenpflegeschulen und zur praktischen Anleitung
• Verbot von Überstunden für Azubis
• Verbot von Nachtdienst, wenn keine ausgebildete Pflegekraft anwesend ist.
• Freistellung von der Arbeit vor der Prüfung
• Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichtsstoffes
• sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung

Diese Forderungen möchte die ÖTV in einem Manteltarifvertrag verwirklichen, die "Arbeitgeber" weigern sich strikt.

(„Staphylococcus“, sozialistische Betriebszeitung aus Karlsruher Klinikum)

Leserbrief zum Artikel

„Lohnerhöhung kontra Arbeitszeitverkürzung“

Hartmut empfiehlt in seinem Artikel eine positive Übernahme der Vorschläge aus Baden-Württemberg zur Tarifrunde '86. Wir haben in einer Versammlung der Betriebsgenossen in Lübeck diese Frage diskutiert und folgende Überlegungen dazu gemacht:

1. Wir halten die Argumente in Hartmuts Artikel für eine „echte“ Lohnrunde im Frühjahr 86 für richtig. Dies hat für uns noch gar nichts mit einer Abwertung der Forerung nach der 35-Stunden-Woche zu tun, sondern damit, daß wir 1. echt mehr Knete brauchen und 2. jedes Zögern in dieser Frage die Ideologie stärken würde, als seien wir es, die die Opfer für die Arbeitslosigkeit bringen müssen. Eine klassenkämpferische Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung setzt auch voraus, daß Lohneinbußen (wie in den letzten Jahren) nicht als „normal“ angesehen werden.

2. Wer das meint, der wird auch für eine Lohnrunde eintreten müssen, die nicht am Verhandlungstisch erledigt wird, sondern eine Mobilisierung und damit Streik erfordert. Die Metaller haben guten Grund, um ihren Lohn zu kämpfen; denn die Löcher in den Portemonais aus den letzten Tarifrunden sind erheblich — besonders in den unteren Lohngruppen. „Stoppt den Reallohnabbau“ — das ist eine richtige Forderung, die höhere Lohnforderungen und eine besondere Anhebung für die unteren Lohngruppen bedeuten muß.

3. Eisenmann und seine Leute in Baden-Württemberg haben richtig erkannt, daß eine solche Haltung Konsequenzen für die Runde um die Arbeitszeitverkürzung ein halbes Jahr später hat — denn keiner kann ernstlich glauben, daß die zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche erforderlichen Kampfaktionen nur ein halbes Jahr nach der Lohnrunde politisch durchsetzbar sind. Aber Hartmuts Bedingungen an die Unterstützung der Überlegungen von Eisenmann sind uns dennoch nicht ausreichend.

• Wir müssen für die Kündigung des Manteltarifvertrages zur Arbeitszeitverkürzung und für eine Forderung zur Einführung der 35-Stunden-Woche ab dem frühest möglichen Zeitpunkt eintreten. Das heißt: Kündigung zum 30. September 1986. Dies ist in unseren Augen keine zweitrangige Frage, die in tausend taktischen Überlegungen untergehen darf. Denn: Jede Verschiebung der Kündigung dieses Tarifvertrages hat dieselbe negative Wirkung als würde mensch den Lohntarifvertrag im März 1986 auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Wenn es richtig ist, daß ein Höhepunkt des Kampfes um die 35-Stunden-Woche nicht vor dem Frühjahr 1987 zu erwarten ist (und das ist nach einer „echten Lohnrunde“ 1986 nicht anders vorstellbar), dann gibt es dennoch keinen Grund, die Kündigung der Arbeitszeit zu verschieben. Hartmut fordert richtig, daß die Laufzeit des Lohnabkommens nicht länger als 12 Monate sein darf, wofür wir heftig eintreten müssen, aber die Kampagne um die Arbeitszeit, die Steigerung dieser Auseinandersetzung bis hin zum Streik braucht keinesfalls erst 12 Monate nach dem Lohntarifvertrag zu beginnen. Wir möchten nur daran erinnern, daß die letzte Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung einen Zeitraum von 1 1/4 Jahr (!) zwischen Kündigung (31. Dez. 1983) und Einführung der 38,5 Stunden (1. April 1985) brachte. Wir schlagen deshalb vor:

1. Für eine Lohnerhöhungsrunde im Frühjahr 1986 einzutreten mit besonderer Anhebung der unteren Lohngruppen.

2. Für eine Kündigung der Arbeitszeit zum 30. September 1986.

• Für eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung ab Herbst 1986 für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (dies trifft in die Wahlkampagne zu den Bundestagswahlen).

• Die Steigerung dieser Kampagne zum Streik Anfang 1987 mit dem Ziel, ab 1. April 1987 die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu erreichen.

Wir meinen, daß eine direkte Verschiebung dieser Arbeitszeitrunde (was eine spätere Kündigung faktisch bedeutet) auf keinen Fall von uns vertreten werden kann, denn auch wenn der Höhepunkt einer solchen Auseinandersetzung (immer eine heftige Lohnrundenauseinandersetzung vorausgesetzt) erst im Frühjahr 1987 liegen wird, so haben wir ein Interesse daran, daß die Kapitalisten und die Regierung so früh als möglich unter den Druck der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche geraten und kein Zweifel aufkommt, daß wir nicht noch einmal eine so lange Verzögerung bei der Einführung der 35-Stunden-Woche haben wollen wie dies bei der 38,5-Stunden-Woche der Fall war. Ein solches Vorgehen würde eben bedeuten, daß die Streiks nicht erst nach dem Ablauf der Friedenspflicht — also Mai 1987 beginnen würden, sondern bereits im Februar oder März.

Lassen wir keinen Zweifel daran, wir wollen beides: mehr Lohn und die 35-Stunden-Woche.

Treffen der Metall-Betriebsarbeiter Lübeck

Kampf um Tübinger Arbeitsplätze

Bleibt von Zanker nur die Marke?

Das Landesarbeitsgericht Stuttgart hob eine einstweilige Verfügung des Reutlinger Arbeitsgerichts auf, in der der Zanker-Geschäftsleitung die Demontage von Werkzeugen und Maschinen untersagt worden war, solange nicht ein Interessenausgleich über die vorgesehene Kündigung von 105 Beschäftigten mit dem Betriebsrat vereinbart worden sei. Damit steht wohl das gesamte Tübinger Zanker-Werk auf dem Spiel.

Die jetzige Gerichtsentscheidung gibt zunächst einmal grünes Licht für die Verlagerung der Waschvollautomatenfertigung nach Zanussi/Italien. Nach den bisherigen Verlautbarungen der Zanker-Geschäftsleitung soll die Produktion in Tübingen aber aufrechterhalten werden: ca. 460 Beschäftigte sollen Wäschetrockner, Wäscheschleudern u.a. produzieren.

Derartige Ankündigungen aber werden in Tübingen mit äußerstem Mißtrauen aufgenommen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen bei Zanker läuft nun schon seit einigen Jahren und falsche Versprechungen seitens der jeweiligen Eigentümer und der baden-württembergischen Landesregierung pflastern ihren Weg.

1982 hatte die Hausgerätefirma Zanker einen Liquidationsvergleich angemeldet. AEG wollte einen Teil der Tübinger Hausgeräteproduktion nach Nürnberg verlagern. Die Landesregierung Baden-Württembergs gab einen 10-Millionen-Kredit, um die Weiterführung der Produktion mit den damals noch 1260 Beschäftigten zu ermöglichen.

Aber als im September 1983 das italienische Unternehmen Zanussi Zanker kaufte, war die Belegschaft schon auf 620 geschrumpft. Zanussi selbst war jedoch sanierungsbedürftig. Anfang 1985 wurde Zanussi vom schwedischen Elektrolux-Konzern geschluckt, im Februar 1985 wurde auch Zanker von Elektrolux gekauft. Im April gab die neue Geschäftsleitung die Verlagerung der Waschautomatenfertigung nach Italien und die beabsichtigte Kündigung von 105 Beschäftigten bekannt.

Tatsächlich aber sind durch diese Maßnahmen nach Auffassung der IG Metall alle Arbeitsplätze bei Zanker in Tübingen gefährdet. IGM-Bevollmächtigter Horst Kohsink: „Nach Abzug der Waschmaschinenproduktion aus Tübingen sind die Gemeinkosten so hoch, daß die Produktion von Trocknern auch nicht mehr rentierlich ist.“

Daß der Elektrolux-Konzern nach Durchführung dieser Teilverlagerung so oder ähnlich argumentieren wird, ist in der Tat zu erwarten. Elektrolux ist offensichtlich nicht am Erhalt des Tübinger Standorts interessiert. Erhalten bleiben soll nur der Markenname Zanker, um dem schwedischen Konzern Zugang zum westdeutschen Hausgeräte-Markt zu verschaffen.

Die Tübinger Belegschaft und viele Tübinger Bürger wollen das verhindern.

Skandal-Entscheidung in Stuttgart

Streikposten Freiwild?

Im Mai 1984 beim Streik für die 35-Stunden-Woche fuhr ein Zeitungsauslieferungswagen in die Streikposten vor dem Druckzentrum Möhringen. Der Stuttgarter Bezirksvorsitzende der IG Druck & Papier, Horst Bekel, wurde schwer verletzt. Ein Stuttgarter Schöffengericht hat die Anklage gegen den Fahrer nicht zugelassen.

Das Stuttgarter Gericht begründete seine Behauptung im Kern damit, der Fahrer habe sich gegenüber den Angriffen von Streikposten in einer Notwehrsituation befunden. Im Laufe der Auseinandersetzung sei sein Fuß wohl vom Bremspedal des Automatikwagens gerutscht.

Diese Version war schon relativ früh nach dem Vorfall aufgetaucht und von zahlreichen Zeugenaussagen widerlegt worden. Tatsächlich haben offensichtlich auch die polizeilichen Ermittlungen diese Version nicht bestätigt, sonst hätte die Staatsanwaltschaft kaum Anklage erhoben.

Der Vorfall vor dem Möhringer Druckzentrum war hinsichtlich der Verletzungen des Kollegen Bekel nur besonders folgenschwer, stand aber in einer Reihe weiterer Gefährdungen von Streikposten. Die Verleger hatten offensichtlich Anweisungen gegeben, die Auslieferung der Zeitungen auch um den Preis der Gefährdung von Menschenleben durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Konstruktion des Stuttgarter Gerichts besonders willkürlich.

Der Vorsitzende der IG Druck & Papier nannte die Begründung der Entscheidung „skandalös“ und wertete den Beschluß als „ein Zeichen, das von den Gewerkschaften nicht nur mit Empörung zur Kenntnis genommen werden, sondern Konsequenzen auslösen muß“. Der baden-württembergische IG-DruPa-Vorsitzende Werner Pfennig erklärte, der Beschluß des Stuttgarter Gerichts laufe auf eine „Aufforderung zur Gewaltanwendung gegenüber Streikposten hinaus“.

Die Wende zu neuer Armut und Massenarbeitslosigkeit

Wir beginnen in dieser Nummer mit dem Abdruck einer dreiteiligen Artikelserie anläßlich der bevorstehenden Aktionswoche des DGB. Im folgenden ersten Teil behandeln wir Fragen zum Thema Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, in der zweiten Folge werden wir uns mit Plänen der Unternehmerverbände und der Bonner Koalition zur Schwächung der Gewerkschaften beschäftigen. In der dritten Folge werden wir die Perspektiven der Gewerkschaften angesichts der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und der konservativen Regierungspolitik diskutieren.

„Ein rascher und einschneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan. Kompromißgeschwächte Regierungsbeschlüsse, die entgegen klaren ökonomischen Erfordernissen darauf gerichtet waren, Entlastungen der Wirtschaft zugleich neue Belastungen entgegenzustellen, haben ihre negative Wirkung längst erwiesen."

So hieß es im Frühjahr in einem Papier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Wenige Monate später wurde mit Hilfe des freidemokratischen Wankelmotors die Regierung Schmidt gestürzt. Die Wendekoalition aus Unionsparteien und FDP wurde an die Regierungsmacht gehievt, damit der vom BDI geforderte „einschneidende Kurswechsel" Realität werden konnte.

An die Macht gehievt? Das ist durchaus eine zutreffende Formulierung; denn die sozialliberale Koalition wurde gestürzt durch Lambsdorff und Konsorten, und wer diese Leute bezahlt, ist mittlerweile wirklich kein Geheimnis mehr.

Richtig aber ist auch, daß die Bonner Wendeparteien bei der Bundestagswahl im Frühjahr 1983 einen triumphalen Wahlsieg errungen haben. Die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung schenkte den Aufschwungparolen der Wendepropaganda Glauben.

Heute dagegen macht ein Witz die Runde, demzufolge es ziemlich schwierig sein soll, überhaupt noch jemanden zu treffen, der umstandslos zugibt, bei der letzten Bundestagswahl Kohl gewählt zu haben. Reichlich übertrieben, gewiß. So schlecht steht die Bonner Regierung hinsichtlich ihres Einflusses in der Bevölkerung leider noch nicht da.

Unbestreitbar aber ist, daß in den drei Jahren Wende sehr deutlich geworden ist, was es mit jenem „einschneidenden finanz- und wirtschaftspolitischem Kurswechsel", den der Industriellenverband im Frühjahr 1982 forderte, wirklich auf sich hat. Deutlich geworden ist vor allem, für wen er sich als „einschneidend" herausgestellt hat: für die Arbeiter und Angestellten, für die Arbeitslosen, für die Kranken und Rentner, für die ärmeren Bevölkerungsschichten im allgemeinen.

Die Umverteilung

Über 170 Milliarden Mark sind den abhängig Beschäftigten und den Menschen, die ganz oder teilweise ihre Lebenshaltung durch Sozialleistungen bestreiten müssen, durch die staatliche Haushaltspolitik seit 1982 genommen worden.

Gleichzeitig sind die Unternehmer um ca. 24 Milliarden Mark steuerlich begünstigt worden. Sie sind allerdings zur Hälfte auch an der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beteiligt.

Schließlich hat der Staat sich seit 1982 mit rund 35 Milliarden aus seiner Verantwortung für die finanzielle Sicherheit der sozialen Sicherungssysteme zurückgezogen. Eine Sache, die heute für den einzelnen noch nicht so spürbar ist, die aber im absehbaren Fall einer erneuten Wirtschaftskrise mit höheren Arbeitslosenzahlen dazu führen wird, daß die Finanzierung von Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung sofort ins Wanken gerät. Die Wendepolitiker schaffen so heute schon die Begründung für die Steigerung der sozialen Demontage in der Zukunft.

Rund 210 Milliarden wurden so in den letzten Jahren nach dem Motto „den Armen nehmen, den Reichen geben" umverteilt.

Diese gewaltigen Milliarden-Summen sind unvorstellbar, wenn man im Alltag eher gezwungen ist, jede Mark vor dem Ausgeben noch einmal umzudrehen. Aber wir alle kennen die Auswirkungen dieser sozialreaktionären Politik:

- Durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und durch die Erhöhung indirekter Steuern hat der Staat den Arbeitern und Angestellten tief in die Lohn- und Gehaltstüte gegriffen.
- Die Rentner wurden, nachdem sie jahrzehntelang auf Treu und Glauben ihre Beiträge gezahlt haben, durch verschiedene Manipulationen sehr weitgehend von der Kaufkraftentwicklung abgekoppelt. Armut im Alter — für immer mehr Menschen wird das in unserer Gesellschaft nach einem Leben voller Arbeit zum bitteren Schicksal. Die Finanzierung der Rentenversicherung aber erscheint heute ungesicherter denn je.
- Durch die Einführung der Beitragspflichtigkeit zur Renten- und Arbeitslosenversicherung wurde das Krankengeld faktisch um mehr als 11 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurde das Kranksein durch die Ausweitung der sogenannten Selbstbeteiligung teurer. Die finanzielle Zukunft der Krankenversicherung aber steht nach wie vor in den Sternen. Erneut wird diskutiert, die Kranken künftig noch stärker selbst zur Kasse zu bitten. Diese Regierung, die die selbst für kapitalistische Verhältnisse riesenhaften Profite der Pharmaindustrie völlig unangetastet läßt, zeigt so, was sie unter „Schutz des Lebens" versteht: wer arm ist, soll ruhig früher sterben.
- Wer 1982 arbeitslos wurde und Arbeitslosengeld in Höhe von 68 Prozent des letzten Nettolohnes erhielt, bekäme heute, verlöre er unter den gleichen Umständen seinen Arbeitsplatz, möglicherweise keinen Pfennig vom Arbeitsamt. Nur noch ca. ein Drittel der offiziell registrierten Arbeitslosen erhält heute noch Arbeitslosengeld. Auch sie erhalten wesentlich weniger Unterstützung, als sie 1982 erhalten hätten. Das Arbeitslosengeld wurde von 68 auf 63 Prozent, die Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent des letzten Nettoeinkommens gekürzt. In Wirklichkeit ist die Kürzung der Unterstützungszahlungen seit 1982 noch krasser; denn auch das, was vom Arbeitsamt als letztes Nettoeinkommen zur Bemessungsgrundlage gemacht wird, wurde empfindlich heruntermanipuliert. So kommt es, daß heute immer weniger Arbeitslose immer weniger Geld erhalten, obwohl es sehr viel mehr Arbeitslose gibt.

Wir haben hier nur einige Bereiche, in denen die Bonner Sozialabbau-Politik gewütet hat, kurz beleuchten können. Vieles ist unerwähnt geblieben, was im konkreten Leben von großer Tragweite für die betroffenen Menschen ist: der kranke Kollege, der die dringend benötigte Kur nicht mehr antreten darf; das Arbeiterkind, dem wegen der Streichung des Schüler-Bafögs der Besuch einer weiterführenden Schule erschwert und in manchen Fällen unmöglich gemacht wird; der Behinderte, der für seine Behinderung vom Staat noch bestraft wird; der ausländische Kollege, der mit seiner Familie in die Türkei abgeschoben wird, weil er infolge von Dauerarbeitslosigkeit sozialhilfebedürftig geworden ist; die Sozialhilfeempfänger, denen Bonn den Warenkorb so hoch gehängt hat, daß die Regelsätze sprichwörtlich zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind ...

Der Aufschwung der Arbeitslosigkeit

Erinnern wir uns an die Versprechen der Wendeparteien bei der letzten Bundestagswahl: die Unternehmer müssen mehr verdienen, dann können sie mehr investieren, dann werden Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit abgebaut. Diese Milchmädchenrechnung präsentierten uns die Konservativen.

Die Unternehmer haben verdient — nicht zuletzt dank der Hilfestellung der Regierung in Form von Steuererleichterungen, Subventionen und Staatsaufträgen. Die Geschäftsberichte in den meisten Branchen lassen die Herzen der Aktionäre höher schlagen. Der Aufschwung der Profite ist geglückt.

Während die Gewinnkurven steil nach oben gingen, rutschten die Löhne und Gehälter in den letzten Jahren tiefer in den Keller. Rechnet man die Preissteigerungsrate ab, dann sind die Einkommen der abhängig Beschäftigten in den letzten Jahren real kontinuierlich gesunken. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, ist inzwischen wieder auf dem Stand von 1960.

Die Unionsparteien und die FDP, die in ihrer Propaganda stets behaupten, es gäbe keine Klassen mehr, setzen durch ihre Politik der allseitigen Förderung der Unternehmerinteressen alles dran, die Klassenteilung der Gesellschaft, die natürlich immer bestanden hat, durch die Stärkung der Kapitalisten und das weitere Herabdrücken der Arbeiterklasse zu vertiefen. Sie wollen nicht nur die Stellung der Kapitalisten bewahren. Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, Fortschritte, die die Arbeiterbewegung in vergangenen Jahrzehnten errungen hat, wieder zunichte machen. Die Entwicklung der Lohnquote zeigt, daß ihnen das in beträchtlichem Umfang gelungen ist.

Das wird besonders kraß an der Frage der Arbeitslosigkeit deutlich. Monat für Monat meldet die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die für den jeweiligen Monat höchste Arbeitslosenzahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Aufschwung der Gewinne hat einen Rekordaufschwung der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Rechnet man die nichtregistrierten Arbeitslosen, die sogenannte stille Reserve hinzu, dann sind ca. 3,5 Millionen Menschen in unserem Land ohne Arbeit.

Natürlich: die Unternehmer und ihre Bonner Regierung finden das höchst bedauerlich. Die Wendepolitiker und ihre großkapitalistischen Hintermänner werden nicht müde zu beteuern, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit von ihnen als das wichtigste Ziel überhaupt betrachtet wird.

Die salbungsvollen Sonntagsreden sind eine Sache. Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache.

Diese Regierung hat alles abgelehnt, was zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen könnte.

- Sie lehnt das von den Gewerkschaften seit Jahren geforderte staatliche Beschäftigungsprogramm ab, obwohl in Bereichen wie Umwelt, Energieversorgung (Fernwärme), berufliche Bildung u.a. staatliche Investitionen, durch die Arbeitsplätze in beträchtlicher Zahl geschaffen werden könnten, dringend notwendig wären.
- Sie lehnt die Verstaatlichung von Krisenbranchen wie der Stahl- und Werftindustrie ab, obwohl die sogenannten marktwirtschaftlichen Lösungen hier nicht nur zu weiteren massenhaften Arbeitsplatzvernichtungen führen werden, sondern auch zur Verarmung ganzer Standorte und Regionen.
- Sie lehnt es ab, im staatlichen Bereich und in den Staatsunternehmen Bahn und Post positive beschäftigungswirksame Akzente zu setzen. Im Gegenteil: im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn treibt sie selbst die Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung und Leistungsverdichtung massiv voran. Noch Mitte August bekräftigte Finanzminister Stoltenberg, daß es im staatlichen Bereich auch dann nicht zu Neueinstellungen kommen dürfe, wenn diese durch den Abbau von Überstunden finanziert werden könnten.
- Die Regierung lehnt es ab, durch eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit Neueinstellungen zu fördern. Im Gegenteil: der Blümsche Gesetzentwurf zur Arbeitszeitordnung sieht sogar eine Ausweitung der gesetzlich erlaubten Arbeitszeitgrenzen vor.
- Die Regierung lehnt es ab, die Stellung der Betriebsräte so zu stärken, daß sie mehr Möglichkeiten haben, durch Rationalisierungsinvestitionen hervorgerufene Entlassungen zu verhindern. Die bekannt gewordenen Regierungspläne laufen vielmehr auf die Schwächung der Betriebsräte hinaus.

Die einzig wirksame Maßnahme, die in den letzten Jahren im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verwirklicht werden konnte, war die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sie mußte in der Metall- und Druckindustrie durch einen harten Streik nicht nur gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden, sondern auch gegen die Bonner Regierung, die sich massiv, wie seit Jahrzehnten keine andere Regierung in diesem Land auf Seiten der Unternehmerverbände in den Arbeitskampf eingemischt hat.

Das sind die wichtigsten Taten dieser Regierung in Sachen Arbeitslosigkeit. Sie lassen nur einen Schluß zu: diese Regierung hat in Wirklichkeit kein Interesse an einem Abbau der Arbeitslosigkeit, weil die Auftraggeber der Wende, das organisierte Unternehmertum, kein Interesse an einem Abbau der Arbeitslosigkeit hat.

Arbeitslosigkeit ist gut fürs Geschäft. Wenn Millionen ohne Arbeit sind, dann nimmt die Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten zu. Die Unternehmer können noch mehr Leistung aus den Belegschaften pressen, weil jeder Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Krankgefeiert wird nur noch im äußersten Notfall, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und innerbetrieblicher Lohnabbau werden akzeptiert, um bei der nächsten Entlassungswelle nicht dabeizusein. Schon suchen Unternehmer in Zeitungsanzeigen Arbeiter, die bereit sind, weit unter Tariflohn zu arbeiten. Das ist ganz im Sinne des Bonner Wendegeistes. Der Arbeiter muß billig sein und rechtlos. Das ist auch der Geist, von dem Blüms Beschäftigungsförderungsgesetz durchdrungen ist: Arbeiter sind zum Ausbeuten da, und wenn sich das nicht richtig rechnet, muß der Unternehmer sie wenigstens ohne Umstände auf die Straße setzen können.

Unternehmer und Regierung werden nichts Wirksameres zum Abbau der Arbeitslosigkeit unternehmen. Die Unionsparteien basteln ja schon an ihrer Strategie für die nächsten Wahlen. Dazu wird gehören, schrittweise in der öffentlichen Diskussion eine Arbeitslosigkeit von ca. zwei Millionen als „natürliche Sockelarbeitslosigkeit" hinzustellen.

Die „heilsamen Kräfte des Marktes", die die Regierung um so eindringlicher beschwört, je zerstörerischer sie wirken, werden erst recht nicht zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit führen. Im Gegenteil: mit der nächsten Krise ist wohl für 1987 zu rechnen. Sie wird zu einem erneuten hochschnellen der Arbeitslosenzahlen führen.

Nur der entschlossene Kampf der Gewerkschaften für die Verteidigung vorhandener Arbeitsplätze, für ein staatliches Beschäftigungsprogramm, vor allem für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich u.a. könnte diesem Trend entgegenwirken. Die Schwächung der gewerkschaftlichen Widerstandsmöglichkeiten nimmt deshalb in der Wendestrategie einen zentralen Stellenwert ein.

Damit werden wir uns in der nächsten Nummer auseinandersetzen.

3. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen

Das dritte Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen, das am 24. August 1985 in Gelsenkirchen stattfand, war stark geprägt von Überlegungen für ein gemeinsames landesweites Vorgehen gegen die faschistisch-terroristische Partei FAP. In einer Resolution bekräftigten die Anwesenden, gegen die Auftritte dieser Nazipartei und für ihr Verbot kämpfen zu wollen.

Darüber hinaus zeichneten die Berichte der Teilnehmer ein ziemlich detailliertes Bild der Auftritte von Faschisten der verschiedenen Parteizugehörigkeit in Nordrhein-Westfalen, ihrem Zusammenwirken mit anderen Kräften der politischen Reaktion und immer wieder staatlichen Stellen, sowie von den Aktionen, die Antifaschisten dagegen unternommen haben.

Mehr als 60 Antifaschisten aus 17 Städten — ganz überwiegend aus dem Ruhrgebiet, ansonsten Rheinland und Ostwestfalen — waren nach Gelsenkirchen gekommen. Sicher eine gute Beteiligung. Dennoch wurde nicht vergessen, daß die „Breite" des Spektrums noch zu wünschen übrig ließ — die Grünen waren gar nicht anwesend, die Autonomen auch nicht recht vertreten; betont wurde der Wille, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Neben verschiedenen Initiativen waren vertreten die VVN, die Volksfront, Jusos, Falken; Mitglieder von DKP, MLPD, BWK, KB und KPD waren anwesend. Bemerkenswert und aktuell ja auch, so wichtiger denn je, die mehrfach betonte Notwendigkeit des gemeinsamen antifaschistischen Handelns. Die Praxis nicht zuletzt in dem Zeitraum seit dem letzten Ruhrgebietstreffen (Mai 84) hat in vielen Städten die Mitglieder der unterschiedlichen Organisationen näher zusammengeführt.

Hier ist nicht der Raum, alle Berichte wiederzugeben oder auch nur ansatzweise zu zitieren, die im Rahmen des Treffens abgegeben wurden. Wer daran Interesse hat, kann sich das ausführliche Protokoll bestellen, das im Moment gerade fertiggestellt wird, und zwar über Jo Weiring (Gelsenkirchner Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit), Nienhofstraße 29, 4650 Gelsenkirchen.

Am meisten Raum nahm — neben den Berichten und der Diskussion um die vielen Vorfälle in Dortmund, die in der auch im RM beschriebenen Demonstration gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle gipfelten und die auch wichtige Anstöße für den gemeinsamen Kampf gegen die FAP und für ihr Verbot ergaben — der FAP-Terror in Gelsenkirchen ein, der sich in allererster Linie gegen den Direktor des dortigen Ricarda-Huch-Gymnasiums, Wilhelm Funcke, richtet. Die Tatsache, daß an „seiner" Schule überdurchschnittlich viel für die Förderung von Kindern ausländischer Mitbürger getan wird, die denn dort auch häufiger Abitur machen als anderswo, trug ihm Morddrohungen ein. Sein PKW wurde in Brand gesteckt. Die Drahtzieher dieser Aktion sind bekannt: Mitglieder der FAP.

Der besondere Skandal in diesem Fall ist das Verhalten der Polizei: Sie erwies sich weder fähig, Herrn Funcke und seine Lebensgefährtin zu schützen — kurz vor der Pkw-Brandstiftung wurden zeitweilig eingesetzte Polizeiposten vor der Wohnung abgezogen —, noch willens, die Hintergründe dieses Geschehens aufzuklären. Ausgerechnet die Gewerkschaft der Polizei fühlte sich zu der Erklärung gedrängt, hier seien Einzeltäter ohne politische Hintermänner am Werk! Herr Funcke hat in Gelsenkirchen breite Solidarität unter Lehrern, Schülern und antifaschistisch gesinnten Bürgern erfahren. Auch die Teilnehmer des Ruhrgebietstreffens sprachen ihm Solidarität und Unterstützung aus.

In der Diskussion über Aktionsmöglichkeiten, die eine große Mehrheit für eine Kampagne für das FAP-Verbot, die auch das Verbot der anderen faschistischen Organisationen näherbringen soll, brachte, wurde auch herausgestrichen, daß dies zwar die nächstliegende, aber nicht die einzige Forderung sein kann. Keine Form antifaschistischen Engagements sollte minderbewertet werden. Es wurde nicht nur der Zusammenhalt des ganzen Nazi-Spektrums dargestellt, sondern auch die „Braunzone" zu reaktionären konservativen Kräften beleuchtet. Für besonders wichtig wurden Bemühungen um die Einbeziehung größerer Teile der Arbeiterschaft in den Kampf (wofür Dortmund Beispiel und Ansporn war) sowie die Arbeit unter Jugendlichen erachtet, um den Nazis den Boden abzugraben.

Als unmittelbare Reaktion auf das Versprechen des Dortmunder SPD-Landtagsabgeordneten Champignon, 50 Abgeordnete für die Forderung nach FAP-Verbot zu gewinnen, sollen in verschiedenen Städten in Frage kommende Landtagsmitglieder auch „von unten" angesprochen werden.

Mit inhaltlichen und juristischen Fragen des Verbots werden sich die Initiativen weiter auseinandersetzen, auch auf ihrem nächsten Treffen, das im Januar in Dortmund stattfinden soll.

„Mach meinen Kumpel nicht an"

Die französische Bewegung SOS racisme bildete sich als Antwort auf die wachsende Ausländerfeindlichkeit in Frankreich, vor allem als Antwort auf die zunehmende Zahl von Morden an ausländischen Arbeitern und auf das Erstarken der faschistischen „nationalen Bewegung" von Le Pen. SOS racisme stützte sich unter anderem auf den Erfolg, den ein Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Jahre 1983 hatte, an dessen Ende sich rund 100000 Menschen in Paris versammelten. Wie groß die positive Resonanz ist, die SOS racisme in Frankreich findet, zeigte sich z.B. daran, daß zu einem Konzert in diesem Sommer über 300000 Menschen kamen.

Ilse Brusis vom Bundesvorstand des DGB zur Aktion der DGB-Jugend in „'ran": „Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist für die Gewerkschaftsjugend eine wichtige Aufgabe. Junge Menschen aus anderen Ländern, die hier leben und arbeiten, brauchen unsere Solidarität in besonderem Maße, denn sie sind von Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit noch weit stärker betroffen als unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen. Ich bin mir sicher, daß diese Aktion dazu beitragen wird, Vorurteile abzubauen und ein Stück mehr Gleichberechtigung zwischen Ausländern und Deutschen zu erreichen".

Ob daran gedacht ist, nach dem Vorbild von SOS racisme auch bundesweite Großaktionen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu starten, ist nach den bisherigen Ankündigungen noch nicht klar. Vorläufig geht es erst mal darum, die Aktion erst selbst bekannt zu machen, den Kleber und einen entsprechenden Button möglichst massenhaft unter die Leute zu bringen bzw. an die dafür geeigneten Stellen zu bringen. (Buttons und Kleber sind **kostenlos** zu bekommen bei: Redaktion 'ran, Postf. 2601, 4000 Düsseldorf 1 oder: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf). Wir rufen alle Leserinnen und Leser des RM auf, diese wirklich sehr gute Aktion der DGB-Jugend tatkräftig zu unterstützen.

Kampagne der DGB-Jugend

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!
DGB Jugend
GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS

Nach dem Vorbild der französischen Bewegung „SOS racisme" hat die DGB-Jugend jetzt die Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an" gestartet.

Open-Air-Vereidigung

Polizeiüberfall auf Demonstranten

Als am 30.8. auf dem Kieler Exerzierplatz sich ca. 45 Leute zwecks Bildung von Fahrgemeinschaften zur „Open Air Vereidigung" ins 60 km entfernte Oldenburg in Holstein versammelt hatten, schlugen sie zu: Etwa genau so viele Polizisten riegelten plötzlich den Sammelplatz ab und forderten die Versammelten auf, ihre Personalien feststellen und Fahrzeuge durchsuchen zu lassen, da die Polizei angeblich Hinweise über mitgeführte Waffen erhalten hätte. Bekanntlich findet die Polizei ja immer Gegenstände, die sie als Waffen auslegen kann. So vermeldete die „Kieler Nachrichten" am nächsten Tag auch prompt den Fund von „Waffen" wie „Beile, Spaten, Ketten und Maulschlüssel". Nach einigen „Rangeleien" wurde den Demonstranten die Abfahrt gestattet.

In Oldenburg demonstrierten dann über 350 Leute und versuchten die auf dem — von Polizei und Feldjägern bewachten und zum militärischen Sicherheitsbereich erklärten — Neuen Markt stattfindende Rekrutenvereidigung zu stören. Das waren zwar nur Nadelstiche, doch die für Oldenburger Verhältnisse große Demonstration war schon ein Erfolg, vor allem auch, weil der größte Teil der Demonstranten aus diesem Ort und seiner Umgebung selbst kam. Auch die — aufgrund der angekündigten Demonstrationen und Proteste — Vorverlegung des Tages der offenen Tür auf dem Truppenübungsplatz in Putlos vom 1. September (!) auf den 31.8. war ein Erfolg der für diese Demonstrationen mobilisierenden Kräfte. Von den auf „erfolgreiche Verhandlungen in Genf" und auf eine „neue Entspannungspolitik" orientierenden Kräften war hier nichts zu spüren. Sie haben diese Demo einfach boykottiert.

Feiert die Bundeswehr in der Tradition des Nazi-Militarismus?

Am 30. August soll im Andenken daran, daß Oldenburg nun 50 Jahre Garnisonsstadt ist, eine öffentliche Rekrutenvereidigung auf dem Alten Markt stattfinden.

Einen Tag später will der Truppenübungsplatz Putlos in Zusammenarbeit mit dem ADAC aus gleichem Anlaß mit Seifenkisten-, BMX- und Trailrennen einen Tag der offenen Tür feiern.

1935 ist ein wichtiges Jahr: Die Nazis führen die allgemeine Wehrpflicht ein und planen systematisch die Aufrüstung. Verschiedene Güter westlich von Oldenburg werden aufgekauft und der Truppenübungsplatz Putlos eingerichtet. Es ist geheim, womit geschossen wird und welche Einheiten ausgebildet werden. Dies stellt einen Verstoß gegen den Versailler Vertrag dar. Der Truppenübungsplatz wird bis 1945 von der Deutschen Wehrmacht für Waffenerprobungen benutzt.

Die Daten der Kriegstreiberei der Nazis 1935, des Einmarsches der ersten Truppen in Oldenburg in demselben Jahr, der Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1.9.1939 und die schreckliche Steigerung der Aufrüstung heute sind kein Anlaß für eine Feier …

(Aus dem Flugblatt der Oldenburger Aktionseinheit)

Termine

Woche der ausländischen Mitbürger

Vom 29.9. bis 5.10.1985 soll eine Woche ausländischer Mitbürger stattfinden, zu der der Bundesvorstand des DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, aufrufen. Der gemeinsame Aufruf von Gewerkschaften und Kirchen dazu fordert u.a. ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Familienangehörigen ausländischer Arbeiter, uneingeschränkten Familiennachzug, gesichertes Aufenthaltsrecht auch bei Arbeitslosigkeit und bei Sozialhilfebezug. (S. dazu auch RM 26/85)

Anti-NATO-Kongreß

Der Trägerkreis der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen" (BUF) lädt zu einem Anti-NATO-Kongreß im Frühjahr 1986 ein. Zur Vorbereitung findet am 6.10.85, 12.00—18.00 Uhr in Frankfurt eine Vorbesprechung statt. Dort sollen Funktion, Konzeption und Aufgaben eines solchen Kongresses diskutiert und ein Vorbereitungskreis gebildet werden. Alle, die an einem solchen Kongreß Interesse haben, sind eingeladen. (Der genaue Ort wird noch mitgeteilt.) Kontaktadresse: BUF c/o KoZu, Bodelschwinghstr. 13, 35 Kassel.

Frankfurter Appell

Am 21./22. September findet die nächste Sitzung des Koordinationsausschusses des „Frankfurter Appells" statt. Schwerpunktthema ist die weitere Diskussion und konkrete Vorbereitung der für den 23./24. November ins Auge gefaßten ausländerpolitischen Konferenz. (Aufruf und Vorschlag dazu im RM 23/85).

Für den Ablauf dieser Konferenz liegt inzwischen ein Vorschlag des Koordinierungsbüros des „Frankfurter Appells" vor. Danach soll der Ablauf der Konferenz in etwa so aussehen:

Freitag abend: Eröffnungskonzert;

Samstag vormittag ein einführendes Plenum; dann Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

Ausländerbeiräte — Diskussion über die Rolle der Ausländerbeiräte und Erfahrungsaustausch;

Kommunales Wahlrecht für Ausländer — Diskussion unter Beteiligung von Aktiven aus Frankreich und den Niederlanden, Erfahrungsaustausch; **Niederlassungsrecht** — Diskussion über den Gesetzentwurf der Grünen und der SPD; wie könnte ein solches Gesetz durchgesetzt werden?;

doppelte Staatsangehörigkeit — Diskusson über pro und contra;

Ausländerpolitik — auf dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ausländerpolitik Diskussion über durchsetzungsstrategien für ausländerpolitische Forderungen.

Samstag abend: Asylveranstaltung gemeinsam mit CEDRI Basel;

Sonntag vormittag: Abschlußplenum, auf dem eine Resolution zum weiteren Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit diskutiert und verabschiedet werden soll. Einen Vorschlag für eine solche Resolution legt das Koordinierungsbüro beim Treffen des Koordinationsausschusses am 21./22. September vor.

Alle Organisationen, Initiativen usw. sind aufgerufen, den Vorschlag für eine ausländerpolitische Konferenz im November zu diskutieren und sich auch über den konkreten Ablauf der Konferenz Gedanken zu machen. Am 21./22. September wird insgesamt darüber beraten und entschieden. Das Koordinationsbüro ist zu erreichen über die Nummer: (069) 731092

Aufruf zur zentralen Demonstration am 21. 9. 85 in Bonn

Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykott gegen Apartheid!

Südafrika brennt. Die Grundfesten des unmenschlichen Apartheidsystems sind erschüttert. Der Widerstand des südafrikanischen Volkes wächst weiter an: Geschäfte der Weißen werden boykottiert, lokale Apartheidsstrukturen zerstört, Unternehmen massiv bestreikt. Die Regierung kann auf traditionelle Weise nicht mehr weiter regieren. Immer mehr unterdrückte Südafrikaner wollen eine radikale Veränderung. Sie lassen sich durch leere Reformversprechen nicht ködern. Das Apartheidsregime, dieses „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (UNO-Konvention von 1973), kann sich nur noch durch offenen Terror aufrechterhalten:

Allein während des letzten Jahres erschossen die Rassisten in Südafrika 620 Menschen — Bewohner der Vorstädte der Schwarzen, Schüler, streikende Arbeiter. Nach Verhängung des Ausnahmezustands am 20.7.85 nahm das Regime über 2000 Südafrikaner fest — Kirchenvertreter, Gewerkschafter, Frauen, Männer und Kinder, deren Schicksal Einschüchterung, Bedrohung, Folter, Mord heißt. Allein in den letzten Tagen wurden Hunderte von Jugendlichen und Kindern ohne Rücksicht auf ihr Alter wegen ihres Widerstands gegen die rassistische Schulerziehung ins Gefängnis geworfen.

Sie alle bringen diese Opfer für die gesamte Menschheit, denn Apartheid ist eine Bedrohung des Weltfriedens.

Pretoria führt nicht nur Krieg gegen das südafrikanische Volk. Seit 1966 hält es völkerrechtswidrig Namibia besetzt und führt eine brutale Kolonialherrschaft über das Volk Namibias, die vor 101 Jahren unter dem deutschen Kaiserreich begann. Pretoria hat Namibia zum militarisiertesten Territorium der heutigen Welt gemacht. Die am 17. Juni 1985 in Windhuk eingesetzte Marionettenregierung ist der jüngste Versuch des Rassistenregimes in Südafrika, seine Herrschaft über das namibianische Volk zu verfestigen. Die Verhaftung von 52 SWAPO-Mitgliedern am 26.8.85, dem Freiheitstag Namibias, und Terrorakte gegen unschuldige Namibianer beweisen, daß Südafrika und seine Verbündeten nicht bereit sind, Namibia die Unabhängigkeit zu geben. Diese Repression ist eine Antwort auf den wachsenden Widerstand des namibianischen Volkes, der von SWAPO angeführt wird. Die einzige friedliche Lösung des Namibiakonflikts ist die Verwirklichung der UNO-Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 ohne jegliche Veränderung.

Das Apartheidsregime in Südafrika fällt in souveräne Staaten im Südlichen Afrika ein und unterhält Terrorkommandos zur Bekämpfung von Regierungen und Apartheidsgegnern in aller Welt. Unverhohlen hat es mit dem Einsatz seiner Atombombe gedroht.

Gäbe es nicht eine umfassende, oft verschleierte und geleugnete Kumpanei westlicher Staaten, wie vor allem der USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, mit Apartheid und Kolonialismus in Namibia, so hätte dieses System längst aufgehört zu existieren.

- Der Handel von über 6000 Firmen aus der Bundesrepublik mit Südafrika wird von Bonn durch Hermes-Exportbürgschaften begünstigt;
- In Verletzung des Dekrets Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia von 1974 erhält die Bundesrepublik mindestens 30 Prozent ihrer Uranimporte aus Namibia;
- Durch ein staatliches Abkommen vergibt die Bundesregierung an die 450 bundesdeutschen Investoren in Südafrika Steuergeschenke in Millionenhöhe;
- Bundesdeutsche Banken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank und die Westdeutsche Bank/Girozentrale sind die wichtigsten Manager von Krediten für das Apartheidregime;
- Die Bundesrepublik hat wesentlich zum Aufbau des Atombombenpotentials Pretorias beigetragen;
- Die Bundesrepublik zählt zu den stärksten Rüstungslieferanten des rassistischen Südafrika: Tausende von Militärlastwagen von Daimler-Benz und Magirus-Deutz, Militärhubschrauber von Messerschmitt-Bölkow-Blohm u.a.;
- Als einziges Land der Welt unterhält die Bundesrepublik ein staatliches Kulturabkommen mit Südafrika, das illegal Namibia miteinschließt. In seinem Rahmen findet auch eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit statt;
- Die Bundesrepublik ist das Land, das am stärksten Entwicklungshilfe für Namibia vor dessen Unabhängigkeit befürwortet und leistet. Sie trägt somit zur Fortführung der Kolonialherrschaft Südafrikas in Namibia bei.

Diese wichtige Unterstützung der Apartheid muß durch totalen Boykott verhindert werden! Diese Sprache, und allein diese, versteht der Rassistenchef Botha. Die zunehmenden internationalen Sanktionen können den gewachsenen Widerstand innerhalb des Landes, der die Bastion Apartheid ins Wanken gebracht hat, unterstützen. Schamlos hat die Bundesrepublik Lücken genutzt, die durch Sanktionen anderer Staaten entstanden sind. Es ist ein Skandal, daß die Bundesrepublik zu den treuesten Verbündeten Pretorias und den stärksten Gegnern der Boykottforderung gehört! Das muß anders werden!

Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist aufgerufen, mit allen Unterdrückten, Verfolgten und Ausgebeuteten Südafrikas und Namibias Solidarität zu üben und deren Ruf nach einem vollständigen Boykott des Apartheidsystems in die Tat umzusetzen. Laßt uns verstärkt südafrikanische Waren boykottieren! Kündigen wir alle Konten bei Banken, die mit Südafrika schmutzige Geschäfte machen! Kaufen wir keine Krügerrands. Laßt uns alle Uranimporte aus Namibia stoppen! Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, damit der Ausnahmezustand in Südafrika aufgehoben wird!

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- sofortige umfassende und bindende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen,
- für eine strikte Einhaltung des UN-Rüstungsembargos vom 4.11.77 zu sorgen,
- den Botschafter abzurufen und die diplomatischen Beziehungen zum Apartheidsregime sofort abzubrechen,
- das Kulturabkommen mit Südafrika umgehend zu kündigen,
- sich für die bedingungslose Freilassung des seit 20 Jahren inhaftierten Führers des African National Congress (ANC), Nelson Mandela, der im „Hochverratsprozeß" angeklagten 16 prominenten Mitglieder des breiten Bündnisses „Vereinigte Demokratische Front" (UDF) und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia einzusetzen,
- sofortige und konkrete Schritte zur Verwirklichung der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 für die Unabhängigkeit Namibias einzuleiten,
- die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias als rechtmäßige Vertreter ihrer Völker anzuerkennen.

Freiheit für Südafrika und Namibia!

Fortsetzung von Seite 1

se von Polizisten mit Peitschen und Knüppel auseinandergehauen, der Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen, Allan Boesak — ein prominenter Sprecher der Opposition — wie Tausende andere verhaftet.

In Südafrika spitzt sich die Situation zu. Am Sonntag sind in der Provinz Transvaal 60000 Bergleute in den Streik getreten. Die Arbeiter aus sieben Bergwerken kämpfen für höhere Löhne und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Bereits am ersten Tag des Streiks kam es zu Kämpfen mit schwerbewaffneten Werkschutzeinheiten und der Polizei. Mit Tränengas und Schlagstöcken ging die Polizei gegen die Teilnehmer einer Streikversammlung vor. Neun Bergarbeiter wurden verletzt, 21 festgenommen, meldete die Bergarbeitergewerkschaft NUM.

In East London in der Nähe von Kapstadt nahmen 20000 Menschen an der Beerdigung von 29 Schwarzen teil, die allein dort in der vergangenen Woche Opfer der mörderischen Rassistenpolizei geworden sind. Unter den Opfern war auch ein erst achtjähriges Kind. Mit Maschinengewehren bewaffnete Polizei war während der Trauerdemonstration in Stellung gegangen.

Die breiten internationalen Proteste und die zugespitzte Lage haben schon einschneidende Wirkung auf die südafrikanische Wirtschaft. Der Wert der Währung Südafrikas ist schon auf ein Drittel des Wertes von vor einem Jahr zurückgegangen. Zeitweilig wurden die Börsen geschlossen, um zu verhindern, daß noch mehr Kapital aus dem Land fließt, jetzt kann Südafrika auch seine Schulden nicht mehr zurückzahlen. Mehrere Monate will die Rassistenregierung ein Moratorium einlegen. Die Auslandsschulden Südafrikas belaufen sich derzeit auf rund 17 Milliarden Dollar. Für 11,5 Milliarden Dollar sind eigentlich in den nächsten Monaten Rückzahlungen und Zinsleistungen fällig. Während die Drohung lateinamerikanischer Länder, nicht mehr zurückzuzahlen und der konkrete Schritt Perus im Westen heftig kritisiert wurde, ist der Schritt Südafrikas bei bundesdeutschen Banken z. B. auf Verständnis gestoßen. Man hoffe, so ein Sprecher, daß sich die Verhältnisse bald konsolidieren.

Daß sich die Verhältnisse in Südafrika im Sinne der Banken — und somit auch der Rassistenregierung — konsolidieren, dagegen können auch wir hier etwas tun. Die Boykottforderungen finden immer mehr Unterstützung. Und anfangen kann jeder. Mit dem Boykott südafrikanischer Waren, mit Protesten bei südafrikanischen Einrichtungen. Und mit immer mehr Druck auf Bonn, endlich Sanktionen gegen das Rassistenregime zu verhängen.

Der Gesamtbetriebsrat von VW hat sich jetzt auch für Sanktionen ausgesprochen. VW besitzt ein großes Automobilwerk in Uitenhage, Südafrika. Dort sind allein in der Nacht zum vergangenen Donnerstag vier schwarze Gewerkschafter festgenommen worden, weil sie als aktive Gegner der Rassistenregierung bekannt waren. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Walter Hiller, sagte, Südafrika komme nicht zur Ruhe, bis das Apartheidssystem kippe. Der VW-Gesamtbetriebsrat will jetzt auch den Unternehmensvorstand drängen, bei der Bundesregierung zu intervenieren, um endlich Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Der Druck auf Bonn muß noch größer werden, die Scheinheiligkeit der Bundesregierung und der Vertreter des großen Geldes noch entschiedener entlarvt werden.

Mit der Schaffung einer breiten Stimmung für Boykott- und Sanktionen gegen Südafrika kann man von hier aus direkt den Freiheitskampf der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika gegen das mörderische Rassistenregime unterstützen.



Fünf Jahre Terrorregime in der Türkei

Vor fünf Jahren, am 12. September 1980 putschte das Militär in der Türkei. Es errichtete eine faschistische Diktatur — verbot Parteien und Gewerkschaften und sicherte seine Herrschaft durch Terror, durch Folter, Hinrichtungen und Unterdrückung. Jegliche demokratische Opposition, jeglicher Widerstand wird in der Türkei verfolgt, gegen das unterdrückte kurdische Volk in der Türkei ein offener Krieg geführt.

Das Regime in der Türkei kann nur Überleben, weil es mächtige Verbündete hat, weil es im Auftrag der NATO-Generäle handelt, weil es im Sold der Mächtigen des westlichen Imperialismus steht. Jegliche Unterdrückung, all der Terror in der Türkei wird von diesen Kräften hingenommen, weil damit die „südöstliche Flanke der NATO gesichert" wird. Und für die Aufrechterhaltung dieses militärischen Machtblocks scheren sich die Regierungen einen Dreck um die Menschenrechte in der Türkei. Dabei tut sich die Bonner Wenderegierung besonders hervor. Sie fördert die weitgehenden Wirtschaftsbeziehungen, gibt den Militärs Millionenhilfe und lobt jegliches neues Manöver der Herrschenden in der Türkei als „einen Schritt zur Demokratie". Dabei liefert sie selbst Oppositionelle, die in der Bundesrepublik oder Westberlin Asyl gesucht haben, den faschistischen Henkern aus, oder treibt sie — wie im Falle Cemal Altun — in den Tod.

Fünf Jahre Terrorregime in der Türkei müssen ein Anlaß sein, die Solidarität mit den unterdrückten Völkern in der Türkei weiter zu verstärken, die Verbrechen, die dort täglich im Namen der „Freiheit des Westens" begangen werden, öffentlich zu machen und die gesamte demokratische und linke oppositionelle Bewegung der Türkei zu unterstützen.

Leider ist es in diesem Jahre wieder nicht gelungen, eine Übereinkunft über eine gemeinsame große Protestdemonstration anläßlich des Jahrestages des Putsches zu treffen. Nach unseren Informationen finden allein in Köln schon zwei Demonstrationen statt (7. und 14. September).

Verhindern wir die Aufführung des Hetzfilms

Rambo II — Der Auftrag

Vor Monaten sollte die „Rote Fut", ein kriegshetzerisches, antikommunistisches Machwerk aus Hollywood in der BRD Stimmung für die aggressiven Pentagon-Strategen machen. Eine breite Protestbewegung, viele Aufklärungsaktionen vor den Kinos führten dazu, daß der Hetzfilm schnell von den Leinwänden verschwand, daß sich viele Kinobesitzer gar nicht mehr trauten, den Streifen vorzuführen.

Ein Film ähnlichen Kalibers soll jetzt starten: **Rambo II — Der Auftrag.** Die Geschichte von „Rambo" ist schnell erzählt. Der Titelheld Rambo wird aus einem amerikanischen Sträflingslager herausgeholt, um einen Spezialauftrag durchzuführen: in Vietnam vermißte US-Soldaten zu finden, die gerüchteweise in Lagern der Vietnamesen noch heute gefangengehalten würden. In der Titelrolle ist Silvester Stallone zu bewundern(?), der nach fünfmonatigem Muskeltraining den Rächer der GIs spielt.

Sein wichtigster Körperteil bleibt trotz des Bodybuildings ein dauernd ratterndes Maschinengewehr, mit dem er sich den Weg freischießt, um an die vermißten US-Soldaten heranzukommen. Dabei geht er über Berge von Leichen — aber es sind ja „nur" die *„Gooks"*, wie die US-Soldaten die Vietnamesen verächtlich nannten. Natürlich kommt auch der böse Russe vor: als Folterknecht.

Rambo aber geht noch weiter als die schon aus anderen Filmen bekannten Killer, die gegen gelbe Untermenschen und Kommunisten vorgehen. Bei ihm bekommen auch die Leute in den eigenen Reihen seine Funktion als „Racheengel" zu spüren, die nicht voll auf der Welle des amerikanischen Patriotismus mitschwimmen. Wer der Politik der Stärke — hier mit dem Maschinengewehr — kritisch gegenübersteht, gilt als Schwächling, Feigling, als Grund für die damalige Niederlage der USA in Vietnam. Und so baut der Film an der Legende mit, daß nicht der „brave GI" sondern sie Schlaffis in den Armeestäben, die Feiglinge im Pentagon den Sieg verhindert hätten. Dieses *„perfide Fanal des neuen amerikanischen Selbstwertgefühls"*, wie es ein Kritiker nannte, endet dann auch mit Rambos frommen Wunsch *„daß mein Land mich so liebt, wie ich mein Land"*.

Einer hat Rambo diesen Wunsch schon erfüllt. Ronald Reagan, seines Zeichens Präsident der USA und oberster Kriegsherr, hat seinen neuesten Sprechprobenscherz gemacht: ***„Seit ‚Rambo' weiß ich, was ich das nächste Mal zu tun habe."***



„Sir, gewinnen wir diesmal?" fragt Rambo (rechts, Silvester Stallone) seinen Colonel. — Ein Bild aus dem Film.

Der Film ist gefährlich. Nicht nur weil er ein falsches Geschichtsbild über die Vietnam-Aggression der USA vermittelt. Das ist man fast schon gewohnt. Zu der Hetze, zu den Verdrehungen der historischen Gegebenheiten kommt eine unglaublich brutale und menschenverachtende Propaganda für das Recht der USA, sich weltweit mit allen Mitteln „durchzusetzen". Mit einer Politik der Stärke, des Mordens, des Krieges. Rambos blutiger Zug durch den Dschungel und die Leichen, die seinen Weg pflastern, sind nur Symbol dafür, wie es „insgesamt" — sprich in Mittelamerika, in Nahost und anderswo zu laufen hätte. Dieser Film ist eine Verherrlichung schlimmster Gewalt und Aufforderung zum Krieg. Seine Aufführungen müssen verhindert werden.

Nach dem Grundgesetz sind Handlungen verfassungswidrig, *„die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören"*. Rambo erfüllt diesen Tatbestand. Und nach dem Strafgesetzbuch muß Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Rassenhass bestraft werden. Es heißt im § 131: *„Wer Schriften* (Ton- und Bildträger sind dem gleichgestellt, RM), *die Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise schildern und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken oder die zum Rassenhaß aufstacheln (...) wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestaft."*

Eigentlich alles klar für ein Verbot des Films, für ein Verbot der Aufführungen. Aber wie schon bei der „Roten Flut" wird man selbst aktiv werden müssen, um den Hetzstreifen zu verhindern. Aktionen vor den Kinos, Aufklärung des Publikums, Unterschriftensammlungen und Proteste bei den Kinobesitzern sind vonnöten. Und man muß das Augenmerk auch auf die Videoverleihe richten. Bei dem Film „Rote Flut" haben die Verleiher versucht, das an den Kinokassen nicht gemachte Geschäft über den Video-Verleih wieder wettzumachen.

Die Verleihwerbung schreibt zu Rambo: *„Kein Mensch, kein Gesetz, kein Krieg kann ihn stoppen!"* **Beweisen wir das Gegenteil.**



Der Typ, der hier aus einer Zeitungsanzeige schaut, ist nicht Rambo. Es ist keine Filmfigur, es ist eine existierende Person, ein nicaraguanischer Contra. Die Anzeige wirbt für die Contras im Stil der Rambo-Propaganda. Die fett gedruckten Zeilen lauten: **Nur 53 Cents pro Tag unterstützt einen nicaraguanischen Freiheitskämpfer.** Dann: **Schickt die Demokratie rund um die Welt.** Und unten: **Rettet die Contra.**

Diese Anzeige aus den USA ist Teil einer riesigen Spendensammlung für die nicaraguanische Contra, die mordend und brennend gegen das freie Nicaragua zieht, die Sabotageakte und Verbrechen verübt. Rambo ist also doch schon ein Stück nordamerikanischer Wirklichkeit.

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

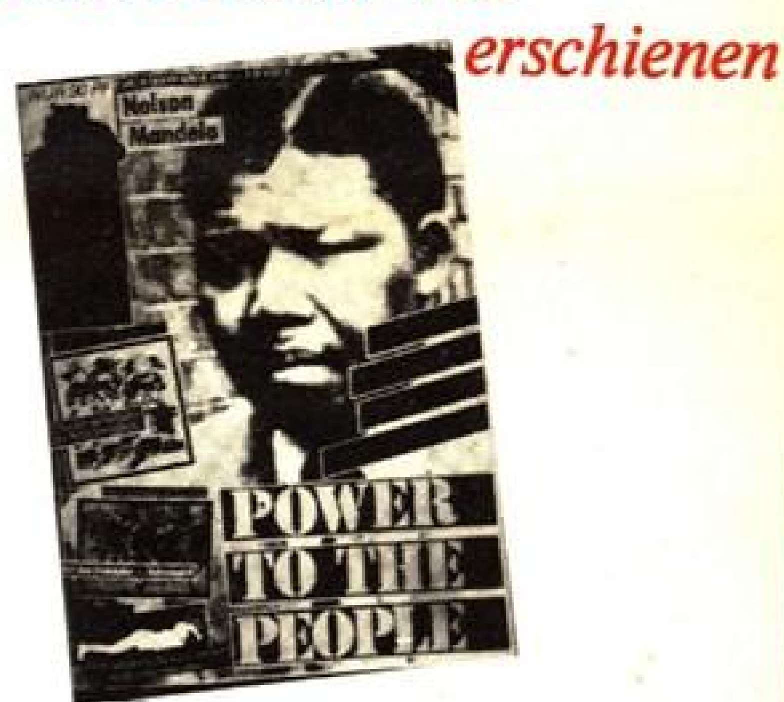
Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Roter Rebell 9/85 erschienen



Inhalt: Power to the People — Keinen Frieden mit der Apartheid / BRD = Entwicklungsland? — Hochbegabt zur neuen Elite / BB — Deutschlands neue Identität? — Bum, bum, bum ... / Wehrkundeskandal in Goslar — Auf dem Stundenplan: Rekrutendrill / Pinkeln gefährdet die Allgemeinheit — wenn Mädchen es stehend und öffentlich tun / Zahlen — Jugendarbeitslosigkeit ohne Ende / Und vieles andere mehr.

Kostenlose Probenummer anfordern bei RM-Verlag Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

VORANKÜNDIGUNG

KJD-Seminar Süddeutschland
13. bis 15. September bei Augsburg
Thema: Solidarität mit Nicaragua
Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort
Teilnehmergebühr: 25,— DM
Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474